

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

NACH DEM COUP D'ÉTAT

Hoffnungen und Herausforderungen in Mali

Christian Klatt
Oktober 2020



Nach dem Militärputsch vom 18. August 2020 steht Mali am Scheideweg. Die geplante Übergangszeit von 18 Monaten wird trotz eines zivilen Präsidenten einen deutlich militärischen Charakter haben.



Die internationalen Akteure müssen den Putsch als Weckruf nutzen, ihr Engagement in Mali zu überdenken. Europa muss sich vom reinen Fokus auf Sicherheitspolitik verabschieden, um das Land nachhaltig zu stabilisieren.



Die Hoffnungen nach dem Putsch sind groß, doch die Herausforderungen sind noch größer: Bewaffnete Konflikte im Norden und im Zentrum sowie Druck auf einen inklusiven Prozess für innenpolitische Reformen.

Am 18. August 2020 kam es in der malischen Hauptstadt Bamako zu einem Militärputsch gegen den seit 2013 regierenden Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta (genannt IBK). Das Vorgehen der Militärs war schnell und auf den ersten Blick sehr präzise: IBK und Premierminister Boubou Cissé sowie andere Mitglieder der Regierung wurden ohne Gegenwehr in die Kaserne nach Kati gebracht; wichtige Gebäude wurden besetzt. In den späten Abendstunden verkündete Präsident Keïta im staatlichen Fernsehkanal ORTM seinen Rücktritt und die Auflösung der Nationalversammlung. Kurz darauf traten fünf Militärs vor die Kameras und identifizierten das Organ des Übergangs: das nationale Komitee zur Rettung des Volkes (*Comité national pour le salut du peuple*, CNSP). Innerhalb von weniger als 24 Stunden war der Putsch vollzogen. Auf dem *Place de l'Indépendance*, in den Monaten zuvor zentraler Ort des Protestes gegen IBK, versammelten sich viele Menschen, um den Putsch zu feiern.

Die Führungsriege der Putschisten bestand aus dem Vorsitzenden des CNSP, Assimi Goïta, Kommandeur einer mit internationaler Hilfe ausgebildeten Sondereinheit, Vizepräsident Malick Diaw, Colonel der Nationalgarde, und Sprecher Ismaël Wagué, Major Colonel der Luftwaffe.

Der Putsch in Mali und seine Konsequenzen haben verschiedene Fragen aufgeworfen:

1. Wie überraschend war der Putsch und gab es Vorzeichen?
2. Sprechen die Putschisten für die Gesamtheit Malis, wie legitimieren sie sich?
3. Welchen Weg kann Mali aus dieser neuen Krisenphase nehmen?

EIN ÜBERRASCHENDER PUTSCH?

Für Analyst_innen und Beobachter_innen der malischen Politik kam der Putsch keineswegs überraschend, allenfalls der genaue Zeitpunkt. Seit Mitte des Jahres waren viele Menschen in Bamako gegen die Regierung von Präsident Keïta auf die Straße gegangen und hatten seinen Rücktritt gefordert. Mitte Juli 2020 war es nach einer der Massenkundgebungen zunächst zu Akten des »zivilen Ungehorsams« durch die Protestierenden gekommen – in Form von gezielten Aktionen bei der Nationalversammlung, dem Flughafen und dem staatlichen Fernsehsender ORTM – und später zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit malischen Sicherheitskräften, bei denen mindestens elf Menschen ihr Leben verloren. Das Bündnis »Bewegung des 5. Juni – Vereinigung der patriotischen Kräfte« (*Mouvement du 5 Juin 2020 – Rassemblement des forces patriotiques*, M5RFP) hatte nach dem Wochenende der Gewalt zwar zunächst von weiteren Großdemonstrationen abgesehen, bereitete vor dem Putsch im August jedoch weitere Großkundgebungen vor.

Die Demonstrationen waren ein Ausdruck der großen Unzufriedenheit mit der Regierung und vor allem mit IBK. 2013 noch als Hoffnungsträger ins Amt gekommen, war es für Keïta von Anfang an schwer gewesen, die in ihn ge-

setzten Erwartungen zu erfüllen. Nach seiner Wiederwahl 2018 verschärften sich zudem Vorwürfe wegen Korruption und Unfähigkeit. Es schien, als hätte der Hoffnungsträger von 2013 den guten Willen des malischen Volkes schon seit längerem verspielt.

Die Parlamentswahlen im März und April 2020 brachten das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. Nach malischem Recht obliegt dem Verfassungsgericht (dem *Cour Constitutionnelle*) die letzte Bestätigung der endgültigen Wahlergebnisse. Nachträgliche Eingriffe in die Sitzverteilung, oftmals zum Vorteil der regierenden Parteien, sind kein neues Phänomen. Diesmal aber war die Differenz zwischen den ersten, vorläufigen Ergebnissen und den Endergebnissen zugunsten der Regierungspartei *Rassemblement pour le Mali* (RPM) so groß, dass die Bevölkerung aufbegehrte.

Im Angesicht der politischen Unruhen in Bamako hatte sich das malische Militär zunächst bedeckt gehalten. Oberste Angehörige des Militärs standen loyal zu Keïta und andere Teile der Streitkräfte äußerten sich nicht. Mit wachsendem Druck auf die Regierung wurde offensichtlich, dass auch das Militär Stellung beziehen musste. Nach 1968, 1991 und 2012 hat Mali nun den vierten Putsch in den 60 Jahren nach seiner Unabhängigkeit von Frankreich erlebt. Der zivilgesellschaftlich unterstützte Putsch von 1991 beendete eine jahrzehntelange Diktatur und begründete die heutige malische Demokratie – auch aufgrund dieser Erfahrung hatten die Putsche 2012 und auch 2020 einen gewissen Rückhalt in der malischen Bevölkerung.

Als Begründung für den Putsch führten Goïta und das CNSP die Untragbarkeit der Regierung von IBK an, brachten ihre Handlungen jedoch nie in einen direkten Zusammenhang zur zivilgesellschaftlichen Bewegung von M5RFP. Wenn es auch nicht ausgeschlossen werden kann, dass es im Vorfeld des Putsches zu Absprachen kam, so hat sich dies bisher nicht in einem gemeinsamen Vorgehen manifestiert. Seit dem Putsch ist es im Gegenteil zu deutlichen Brüchen zwischen CNSP und M5RFP gekommen.

»NACHVOLLZIEHBAR, ABER NICHT LEGITIM«

Das CNSP versucht seit dem Putsch, die moralische Deutungshoheit zu gewinnen. Sprecher Wagué wurde vor allem in den ersten Tagen nicht müde zu betonen, dass IBK zum Zeitpunkt des Putsches in einer Sackgasse gesteckt und den Rückhalt des malischen Volkes verloren habe. Die tausenden Personen, die sich wenige Tage später auf dem *Place de l'Indépendance* in Bamako zu einer Siegesfeier einfanden, schienen diese Sicht zu bestätigen. Viele nationale und selbst einige internationale Kommentator_innen gewinnen dem Putsch etwas Gutes ab. Für sie stellt der Bruch mit dem System IBK einen Akt der Mündigkeit der malischen Bevölkerung gegenüber aus Europa gesteuerten Eliten dar. Die positiven Wirkungen des internationalen Engagements in Mali und im Sahel werden jedoch in Argumentationen wie diesen allzu schnell vergessen. Zudem

tappt manch übereifrige Analyse in die Falle, die Geschehnisse in Bamako als repräsentativ für ganz Mali zu begreifen. Die Bevölkerungen der verschiedenen Teile des Landes haben jedoch sehr unterschiedliche Auffassungen. Insbesondere die Menschen im fragilen Norden haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zum Militär. Dessen maßgebliche Rolle in der Übergangsphase nach dem Putsch kann zu verstärkten Spannungen führen.

Reicht der fehlende Rückhalt von IBK, der sich auf den Straßen Bamakos seit Juni 2020 manifestierte, also aus, einen Putsch zu rechtfertigen? Das CNSP mag die moralische Autorität für sich beanspruchen, steht dabei aber sprichwörtlich auf dünnem Eis. IBK war erst 2018 erneut ins Amt gewählt worden, in Wahlen, die von der internationalen Gemeinschaft als größtenteils fair eingeschätzt wurden. Weder strebte er zum Zeitpunkt des Putsches eine verfassungswidrige dritte Amtszeit an, noch verstieß er nachweislich gegen geltende malische Gesetze. So angebracht die Vorwürfe bezüglich des politischen Nichthandelns, der fehlenden Lösung der Sicherheitskrise sowie bezüglich Korruption und Nepotismus sein mögen, verlangten diese Verfehlungen eine demokratische und/oder gegebenenfalls eine juristische Lösung. Politische Inkompetenz ist kein legitimer Grund für einen Coup d'État – in Demokratien dienen Wahlen zur Ablösung von Regierungen, mit denen die Bürger_innen nicht länger zufrieden sind. Hier gibt es eine Parallele zum Putsch von 2012, der ebenfalls vom Militär ausging und zunächst einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung genoss (in der Hoffnung, dass ausgerechnet das Militär mit der endemischen Korruption aufräumen würde), obwohl auch der damals amtierende Präsident Amadou Toumani Touré (genannt ATT) keine dritte Amtszeit anstrebte und bei den nur wenige Monate später angesetzten Wahlen nicht wieder angetreten wäre.

INTERNATIONALES ENGAGEMENT AUF DEM PRÜFSTAND

Der Putsch gegen IBK war nicht explizit gegen das internationale und europäische Engagement im Land gerichtet, anders, als es in manchen Kommentaren zu lesen ist. In seiner ersten Ansprache nach dem Coup ließ das CNSP verlauten, dass internationale Partner auch weiterhin im Land willkommen seien und man sich an internationale Absprachen halten würde. Dennoch macht der Putsch klar, dass es notwendig ist, das internationale Engagement der letzten Jahre kritisch zu hinterfragen. Das europäische Engagement in Mali und in den Nachbarstaaten unterliegt spätestens seit 2012 dem Primat der Sicherheitspolitik und der Terrorbekämpfung. Dies spiegelt sich auch klar budgetär wider. Die vielfältigen innenpolitischen Herausforderungen hatten dabei oftmals keine ausreichende Priorität, obwohl es weder an bereits bestehenden Programmen noch an neuen Ansätzen auf diesem Gebiet mangelt. Es fehlte an politischem Druck auf die malische Regierung, insbesondere bezüglich der Umsetzung der lange geplanten Sicherheitssektorreform und der Gebietsreformen. Dadurch blieben viele Chancen für Veränderung ungenutzt.

Auch unter Malis internationalen Partnern war die Unzufriedenheit mit der Regierung von IBK und dem malischen Establishment in den letzten Jahren größer geworden. Doch wenn dessen Absetzung auch für das internationale Engagement im Land ein Wendepunkt sein kann, gibt es für eine Neuausrichtung keine einfachen Lösungen. Wer jetzt von einem Abzug ausländischer Truppen und dem Stopp der Ausbildungs- und Ertüchtigungsprogramme spricht, verkennt die Sicherheitslage im Land. Kurz- und mittelfristig ist die Präsenz ausländischer Einsatzkräfte in Mali ein essenzieller Bestandteil der Sicherheitsarchitektur des Landes. Selbst auf lange Sicht muss die Frage gestellt werden, ob Mali in der bestehenden Situation den Schutz seines Staatsgebietes alleine übernehmen kann. Die Größe des Landes, fehlende finanzielle Ressourcen und die Kampfunwilligkeit und -unfähigkeit der malischen Streitkräfte und Sicherheitsorgane bieten zum jetzigen Zeitpunkt ein ernüchterndes Bild. Zudem hat der Putsch die Analyse bestätigt, dass viele der Herausforderungen Malis ihre Ursachen nicht in Sicherheitsfragen haben, sondern auf politischen Problemen basieren. Die Abwesenheit des malischen Staates in vielen seiner Regionen, endemische Korruption auf allen Ebenen, ein lange durch Streiks blockiertes Bildungssystem und kaum Zukunftschancen für die junge Bevölkerung sind nur einige der Probleme. Auf diese Herausforderungen haben weder die Eliten in Bamako noch die internationalen Partner bisher adäquate Antworten gefunden. Dies befeuert den Unmut der malischen Bevölkerung und bietet den Nährboden für das Sicherheitsproblem im Land. Soll langfristig eine Stabilisierung gelingen und damit eine »Exit-Strategie« für das ausländische Militär geschaffen werden, müssen diese innenpolitischen Probleme aktiver angegangen werden.

Die Europäische Union, die USA und auch ECOWAS und die Afrikanische Union verurteilten den Putsch unmittelbar als Verstoß gegen die malische Verfassung und eigene Vereinbarungen. Die USA setzten ihre bilateralen Programme vollständig aus, die EU einen Teil ihrer Ausbildungsmissionen EUCAP und EUTM. ECOWAS verhängte Sanktionen auf Waren-, Finanz- und Personenverkehr, die nach Zugeständnissen der Putschisten inzwischen aufgehoben wurden. Die Forderung, IBK wieder als Präsident einzusetzen, wurde jedoch binnen weniger Stunden (Frankreich) bzw. weniger Tage (ECOWAS) fallengelassen, weil schnell klar wurde, dass dies nur gegen den erkennbaren Willen der malischen Bevölkerung würde geschehen können. Da die für Mali notwendige internationale Unterstützung jedoch nicht auf Basis von Absprachen mit Putschisten stattfinden kann, sondern dafür demokratisch legitimierte Partner notwendig sind, stehen die internationalen Akteure vor einem Dilemma und drängen daher auf eine möglichst kurze Übergangsperiode hin zu einer demokratischen Neuordnung.

MALI AM SCHEIDEWEG

Wie kann es in Mali nun weitergehen? Die Liste der Herausforderungen ist lang und viele erfahrene Politikerpersönlichkeiten sind bereits an ihnen gescheitert. Nun liegen die

Entscheidungen bei der politisch eher unerfahrenen – und auch nicht von der endemischen Korruption unbelasteten – Militär-Junta. Die Hoffnungen, die nun in das Militär und die Übergangszeit gesetzt werden, sind groß. Dabei ist Vorsicht angebracht, denn auch der Putsch 2012 wurde zunächst als klarer Umbruch gesehen und bei den darauffolgenden Wahlen wurde allen voran IBK als Hoffnungsträger betrachtet. Ein gewisser Pragmatismus hat aktuell bereits eingesetzt. Denn so schnell und effektiv der Putsch durchgeführt wurde, so ambivalent erscheint das Vorgehen der Putschisten seitdem. Auf der einen Seite wurden wichtige gesellschaftliche Gruppen wie das Protestbündnis M5RFP in ersten Verhandlungen nicht mitbedacht und konsolidierende Treffen immer wieder verschoben bzw. abgesagt. Auf der anderen Seite war sich das CNSP aber auch bewusst, dass die internationalen Partner Malis nicht vor den Kopf gestoßen werden konnten und deshalb Verhandlungen über den Übergangsprozess schnell aufgenommen werden mussten.

Im Prozess der *concertation nationale* wurde weniger als vier Wochen nach dem Putsch ein Fahrplan für die Übergangszeit in Mali entworfen. Unter Führung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten, beide vom CNSP bestimmt, soll das Land in einer 18-monatigen Übergangsphase wieder zur demokratischen Normalität finden. Daneben gibt es einen Premierminister und eine aus 25 Minister_innen bestehende Regierung. Wichtiger Bestandteil des Übergangs ist zudem das *conseil national* mit 121 Mitgliedern. Dieser Nationalrat wird in der Übergangsphase die Rolle des aufgelösten Parlaments übernehmen. Laut der Übergangscharta wird der Rat möglichst inklusiv zusammengesetzt werden und von Mitgliedern der M5RFP-Bewegung, Vertreter_innen von Gewerkschaften und Parteien, anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Militärangehörigen, Vertreter_innen der Diaspora bis hin zu den Unterzeichner_innen des Friedensvertrags von 2015 alle wichtigen Gruppen einschließen. Nach welchem Verfahren die Mitglieder des Rates ausgewählt werden, ist aus den Dokumenten der Charta allerdings nicht ersichtlich. Entsprechend stellt sich die Frage, ob die hohen Ansprüche an Inklusion erfüllt werden können und wie es um die Legitimität des Rates stehen wird.

Inzwischen wurden Bah N'Daou (alternativ N'Daw, N'Dah oder Ndaw geschrieben) als Präsident der Übergangszeit und CNSP-Vorsitzender Goïta als Vizepräsident benannt. Zum Premierminister der Übergangszeit wurde der ehemalige Außenminister und Vertreter Malis bei der UN, Moctar Ouane, bestimmt. Mit der Positionierung von N'Daou als Präsident wird der Forderung u. a. der ECOWAS nach einem zivilen Übergangspräsidenten stattgegeben, jedoch vor allem auf dem Papier. N'Daou ist ein ehemaliger Militär, der seinen Ruhestand unterbrach, um unter IBK von 2014 bis 2015 Verteidigungsminister zu werden. Mit seinen 70 Jahren ist er genau an der Altersobergrenze, die in der Übergangscharta festgehalten wurde. Mit der überraschenden Ernennung von Goïta als Vizepräsidenten ist klar, dass das CNSP der Putschisten weiterhin großen Einfluss im Übergangsprozess haben wird. Allerdings wird es weder N'Daou

noch Goïta nach der Übergangszeit möglich sein, sich für Wahlen aufstellen zu lassen. Diese für eine Rückkehr zu demokratischen Verfahren wichtige Bedingung wurde in der Charta festgehalten.

Vor der Ernennung N'Daous durch das CNSP spaltete die Frage, ob ein Militär oder ein Zivilist an der Spitze der Übergangsregierung stehen soll, das Land. Während manche einen Militär in Führungsposition klar als Bruch mit dem alten System befürworteten, sahen andere eine Gefahr für die demokratische Struktur des Landes. Die Ernennung eines ehemaligen Militärs mit Ministererfahrung ist nun ein klarer Kompromiss. Durch Goïtas Rolle als Vizepräsident und durch die Besetzung zentraler Ministerposten (Verteidigung; Sicherheit und Zivilschutz; Nationale Versöhnung; Territorialverwaltung und Dezentralisierung) mit drei Mitgliedern des CNSP und einem anderen Militär wird deutlich, dass Junta und Militär mittelfristig eine größere Rolle in der Transition spielen werden, auch wenn das CNSP aufgelöst wird. Auch der Finanzminister und der Bergbauminister haben eine Nähe zum Militär. Es stellt sich somit die Frage wie »zivil« die Übergangsregierung tatsächlich ist. Auf Druck der ECOWAS wurden die ursprünglich vorgesehenen Befugnisse des Vizepräsidenten allerdings in der Übergangscharta deutlich eingeschränkt.

Insbesondere das Bündnis M5RFP, die treibende Kraft der Demonstrationen gegen Präsident Keïta, ist nicht mit den Regelungen zur Übergangszeit zufrieden und fordert größere politische Teilhabe der Zivilgesellschaft. Aus ihrer Sicht besetzen ihre Vertreter_innen keine Schlüsselministerien. Nur vier Frauen wurden ernannt. Auch andere politische Gruppen Malis, insbesondere aus dem Norden des Landes, haben wiederholt ihre unzureichende Einbeziehung in die Verhandlungsprozesse kritisiert. Viele Teile der politischen Elite Bamakos, insbesondere in den Parteien aber auch in den Gewerkschaften, haben im Prozess ebenfalls keine große Rolle gespielt, sich auch nur wenig ins Spiel gebracht. Eine wichtige Aufgabe für Bah N'Daou und das CNSP wird es daher sein, einen tragfähigen Konsens mit diesen Gruppen zu schaffen, um möglichst große Teile der malischen Gesellschaft in der Transition zu integrieren.

AUSBLICK

Der Putsch in Mali bietet durchaus die Chance, das internationale Engagement im Land und in der Region zu überdenken. Dies ist auch unabhängig vom Putsch notwendig. 2012 war die Reaktion auf den Putsch ein »weiter so«, d. h. die schnellstmögliche Rückkehr zum *Status quo ante* der demokratischen Ordnung, die sich aber als weniger vorbildhaft entpuppt hatte als zuvor gedacht. Strukturelle Probleme der malischen Demokratie und Gesellschaft wurden damals ignoriert und sowohl die malische Bevölkerung als auch die internationale Gemeinschaft setzten Hoffnungen in einen Neubeginn durch IBK, obwohl dieser Teil des politischen Establishments war. Die Entwicklungen seitdem haben unmissverständlich deutlich werden lassen, dass sich die Herausforderungen Malis nicht einfach über den Aus-

tausch des politischen Personals lösen lassen. Es bedarf umfassender Reformen der Verfassung, der Institutionen, des Wahlrechts und bei der territorialen Struktur des Landes.

Eine Alternative zur internationalen Kooperation gibt es für Mali nicht. Doch auch das internationale Engagement und die Interventionen müssen kritisch überprüft werden. Die Sicherheitssituation im Land hat sich auch während der Anwesenheit internationaler Truppen weiter verschlechtert, und trotz der Ausbildungsmissionen gibt es immer wieder Berichte über Menschenrechtsverstöße malischer Sicherheitsorgane. Dennoch bietet die internationale Zusammenarbeit die Möglichkeit, viele der Herausforderungen Malis anzugehen, sofern sie konsequent und auf den konkreten Bedarf der malischen Bevölkerung ausgerichtet geplant und durchgeführt wird. Hierfür bedarf es jedoch der Offenheit gegenüber neuen Ansätzen und einer Abkehr vom reinen Sicherheitsfokus.

Mali wird für diesen Prozess Zeit brauchen, dies wurde inzwischen auch von der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS und dem Mediator Goodluck Jonathan anerkannt. Ein Übergangszeitraum von 18 Monaten erscheint realistisch. Denn so wichtig es ist, dass die Putschisten den Weg für einen Übergang zu einer demokratisch legitimierten Ordnung frei machen, so wichtig ist es auch, dass die Übergangsregierung genügend Zeit hat, einen wirklichen Neustart zu schaffen. Es sollte dabei weniger der Prozess von 2012 als der von 1991 als Vorbild dienen. Nach dem Sturz des diktatorischen Regimes von Moussa Traoré setzte in Mali damals ein längerer Dialogprozess ein, der von vielen als beispielhaft für einen funktionierenden Transitionsprozess gesehen wurde und der Mali für lange Zeit als Musterland gelten ließ. Entscheidend für die Reformen in Mali ist es, den Prozess wie damals so inklusiv wie möglich zu gestalten. Dies bedeutet, dass alle Teile des Landes und möglichst viele Gruppen, insbesondere aus dem Norden, an Entscheidungen beteiligt werden müssen. In seinem bisherigen Vorgehen zeigt sich das CNSP zwar auf dem Papier inklusiv, traf jedoch viele Entscheidungen ohne wirkliche Einbeziehung anderer Akteure. Dies muss sich unter Bah N'Daou ändern. Nur so kann der Übergangsprozess gelingen.

ÜBER DEN AUTOR

Christian Klatt ist Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako/Mali. Der Politikwissenschaftler war zuvor für die FES im Senegal und in Deutschland tätig.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm | Leiter des Referats Afrika
Tel: +49-30-269-35-7456 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Janine.Kaliga@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

NACH DEM COUP D'ÉTAT

Hoffnungen und Herausforderungen in Mali



Nach dem Militärputsch vom 18. August 2020 steht Mali am Scheideweg. Die geplante Übergangszeit von 18 Monaten wird trotz eines zivilen Präsidenten einen deutlich militärischen Charakter haben. Die Putschisten vom *Comité national pour le salut du peuple* (CNSP) um Assimi Goïta versuchen den Übergang zu organisieren und dabei sowohl die maliische Gesellschaft als auch internationale Partner auf ihre Seite zu bringen. Dies gelingt bisher nur teilweise.



Für die internationalen Akteure muss der Putsch als Weckruf gesehen werden, um das Engagement in Mali zu überdenken. Es hat sich gezeigt, dass der reine Fokus auf Sicherheitspolitik bei der nachhaltigen Stabilisierung des Landes nicht erfolgreich ist. Nun gilt es, die eigenen Strategien zu überdenken und umfassendere Ansätze zu finden. Die Koordinierung unter Partnern und mit Mali ist dabei ebenso wichtig wie klare Strategien.



Die Hoffnungen nach dem Putsch sind groß, doch die Herausforderungen sind noch größer: Bewaffnete Konflikte im Norden und im Zentrum sowie Druck auf einen inklusiven Prozess für innenpolitische Reformen. Um die notwendigen Veränderungen anzustoßen und den hohen Erwartungen gerecht zu werden, braucht die Übergangsregierung um Präsident Bah N'Daou und Vizepräsident Assimi Goïta Zeit und vor allem den Willen, Reformen anzugehen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
www.fes.de/afrika